

WIRTSCHAFT kompakt

Interesse an Kurzarbeit steigt



Nahles. Foto: dpa

BERLIN In der Energiepreiskrise hat laut der Vorstandschefin der Bundesagentur für Arbeit, Andrea Nahles, das Interesse an Kurzarbeit wieder zugenommen. Es erkundigten sich mehr Unternehmen danach, unter welchen Bedingungen sie Kurzarbeit anmelden könnten, sagte sie. „Das ist ein Frühindikator dafür, dass es wieder zu mehr Kurzarbeit kommen könnte.“ Firmen müssten es bei der Bundesagentur anzeigen, wenn sie für ihr Personal Kurzarbeit anmelden wollen. Dies wird häufig auf Verdacht gemacht, die Inanspruchnahme ist dann geringer.

Weltbankpräsident in der Kritik

WASHINGTON Weltbankpräsident David Malpass steht wegen Äußerungen zur Klimapolitik unter Druck. „Wir sind mit den Äußerungen von Präsident Malpass nicht einverstanden“, so die Sprecherin des Weißen Hauses, Karine Jean-Pierre, am Freitag (Ortszeit) in Washington. Der US-amerikanische Ökonom Malpass war am Dienstag bei einer Veranstaltung der „New York Times“ mit dem Vorwurf konfrontiert worden, er sei ein Leugner der Klimakrise, und Nachfragen ausgewichen, ob die Verbrennung fossiler Brennstoffe zur globalen Erwärmung beitrage. Stattdessen sagte er: „Ich bin kein Wissenschaftler.“ Das brachte ihm viel Kritik ein.

VW will mehr E-Busse bauen

HANNOVER Volkswagen könnte Teile der Produktion seines neuen Elektro-Busses ID.Buzz auf einen weiteren Standort außerhalb der Hauptlinie in Hannover ausdehnen. Am Stammsitz der leichten Nutzfahrzeuge (VWN) sei man bei dem Modell vorerst „für eine Kapazität von bis zu 130 000 pro Jahr eingerüstet“, sagte Markenchef Carsten Intra. „Wir könnten uns allerdings gut vorstellen, eine Drehscheibe für den ID.Buzz in einem unserer beiden Werke in Polen einzurichten“, deutete der Manager an. Intra hat den vollelektrischen „Bulli“-Nachfolger gerade auf der IAA Transportation vorgestellt. Erste Auslieferungen sind im Oktober geplant.



Ein „ID.Buzz“. Foto: dpa

Nur 100 Euro fürs Sparschwein

FRANKFURT/MAIN Vier von zehn Menschen hierzulande sparen höchstens 100 Euro im Monat. Etwa jeder Zehnte (11 Prozent) der 1000 Befragten gab in einer Erhebung des Innovationsdienstleisters Zühlke an, gar nichts auf die hohe Kante zu legen – zumeist, weil am Monatsende kein Geld übrig bleibt. Als Sparziel nannte die Mehrheit ein finanzielles Polster für Notfälle (54 Prozent). Auch Urlaub (47 Prozent) und Altersvorsorge (41 Prozent) stehen oben auf der Liste.

FAST JEDER SECHSTE BETROFFEN

Armutsgefährdung im Alter steigt

In Deutschland ist rund jeder sechste Mensch, der älter als 65 ist, von Armut bedroht. Die „Armutsgefährdungsquote“ in dieser Altersgruppe stieg von 14,7 Prozent im Jahr 2018 auf 17,4 Prozent 2021, wie aus einer Auswertung des Statistischen Bundesamtes auf Anfrage der Linksfraktion im Bundestag hervorgeht, die die Funke-Mediengruppe gestern veröffentlichte. Alle Altersklassen betrachtet, stieg die Armutsgefährdungsquote moderater an – von 15,5 Prozent 2018 auf 16,6 Prozent im letzten Jahr. Vor allem ältere Frauen sind demnach häufiger von Armut bedroht als noch vor vier Jahren. Hier stieg die Quote in diesem Zeitraum von 16,4 auf 19,3 Prozent. Bei Männern über 65 kletterte sie im selben Zeitraum von 12,7 auf 15,1 Prozent an. Die Grundrente reiche nicht, kritisierte Linken-Fraktionschef Dietmar Bartsch. Sie müsse „zu einer armutsfesten, solidarischen Mindestrente von 1200 Euro in den Niederlanden ausgebaut werden.“



imago

GLÜCKSZAHLEN

37. Ausspielung vom Samstag, 24.09.2022

Lotto: 6, 10, 12, 13, 15, 41
Superzahl: 5
Spiel 77: 6 6 2 2 1 4 6
Super 6: 8 6 5 5 5 1

Gewinnzahlen Eurojackpot vom Freitag, 23.09.2022:
20, 30, 38, 39, 44
Eurozahlen 2 aus 12:
2, 12

Gewinnquoten 21.09.2022:
1 = 6 Richtige + Superzahl:
unbesetzt 6 487 258,30 €

2 = 6 Richtige:
unbesetzt 1 165 857,40 €
3 = 5 Richtige + Superzahl:
27 x 14 969,00 €;
4 = 5 Richtige:
216 x 5577,40 €;
5 = 4 Richtige + Superzahl:
1730 x 193,10 €;
6 = 4 Richtige:
14 228 x 55,70 €;
7 = 3 Richtige + Superzahl:
33 560 x 20,10 €;
8 = 3 Richtige:
274 562 x 11,60 €
9 = 2 Richtige + Superzahl:
253 405 x 6,00 €
(ohne Gewähr)

Kostet Brot bald 25 Euro?



Verschiedene Brotsorten werden auf dem Münchner Viktualienmarkt angeboten. Deren Preise könnten noch einmal mehr anziehen. Foto: imago

Die Handwerksbetriebe sorgen sich um ihre Zukunft und fordern staatliche Hilfe. Der „Kosten-Tsunami“ durch Energiekrise und hohe Rohstoffpreise ist Schuld
Von Leonie Fuchs

Betriebe und Verbände schlagen Alarm: Bäckereien kämpfen derzeit um ihre Existenz. Schuld sind die gestiegenen Energie- und Rohstoffpreise sowie höhere Personalausgaben. Dieser „Kosten-Tsunami“, wie es der Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks in Berlin betitelt, lässt viele Handwerksmeister besorgt in die Zukunft blicken. Tausende Betriebe sind demnach gefährdet.

Einigen bleibt in der Folge nichts anderes übrig, als einen Teil ihrer Mehrkosten an die Kunden weiterzugeben – und die Preise für ihre Backwaren zu erhöhen. Kostet Brot also bald 25 Euro? Oder werden die Öfen gänzlich abgeschaltet? Fest steht: Es wird dringend Hilfe benötigt.

Ein paar Zahlen: In Bayern gibt es nach Angaben des Zentralverbandes 2202 Bäckereien (Stand 21. 12. 2021). Allein im letzten Jahr haben 127 Unternehmen im Freistaat dichtgemacht, 76 wurden jedoch auch neu gegründet. Das entspricht einem Minus von 2,3 Prozent, sagt der Zentralverbands-Geschäftsführer Daniel Schneider der AZ.

Insgesamt gibt es in Deutschland noch 9965 Bäckereibetriebe. Rund 70 Prozent von ihnen betreiben ihre Öfen mit Gas. Sie haben jetzt teils mit „wahnwitzigen Preissteigerungen zu kämpfen“, so Schneider. Und auch die anderen seien betroffen, denn die Öl- und Stromkosten hätten schließlich ebenso stark angezogen.

Das Bäckerhandwerk befindet sich in einer Situation, „die so schwierig ist wie selten zuvor in seiner jahrhundertelangen Geschichte“, sagt auch der Geschäftsführer des Landes-Innungsverbandes für das bayerische Bäckerhandwerk Stephan Kopp der AZ.

Dies bestätigt auch Eyüp Aramaz der AZ, der als Unternehmensberater mit vielen Bäckereien im Austausch ist. Viele

wüssten nicht, wie es künftig weitergehen soll. Durch die Teuerungen werde das Bäckersterben noch schneller stattfinden, bei seit Jahren sowieso schon rückläufigen Zahlen.

„Überall rutschen vor allem kleinere, inhabergeführte Betriebe jetzt in die Insolvenz, weil sie die verzehnfachten Kosten einfach nicht mehr stemmen können.“ Wenn die Situation sich weiter verschlimmere, werde es bald nur noch die Hälfte der Bäckereien geben, vermutet er. „Und Brot wird zum Luxusgut und kostet künftig 25 Euro.“

Die Brot- und Feinbäckerei Neuling etwa, die fünf Filialen in München besitzt, leidet unter den gestiegenen Energiekosten. „Die schlagen aktuell extrem ein“, sagt Geschäftsführerin Gabriele Kiesewetter der AZ. Benutzt werden dort Strom-, Gas- und Holzöfen. Die Produktion werde optimiert, wo es nur möglich sei, Strom gespart. Die Nachtbeleuchtung etwa sei eingeschränkt, jede Glühbirne überprüft worden. Doch das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein im Vergleich zu den Kosten, die die Öfen verursachen. „Aber wir müssen backen, wir sind eine Bäckerei.“

„Seit Juli zahlen wir 15 000 Euro monatlich – nur für Strom“

Die extreme Situation veranschaulicht Kiesewetter an einem Beispiel und hört sich dabei sehr betroffen an: Die Stromrechnung habe im ersten Halbjahr 2022 für einen Produktionsstandort etwa 3000 bis 4000 Euro monatlich betragen. Seit Juli sind es 15 000 Euro. Und die jüngste

Erhöhung sei gerade eingetroffen: „Ab Oktober zahlen wir nochmal 50 Prozent mehr.“ Das mache insgesamt eine Versiebenfachung der Rechnungshöhe – allein für Strom.

Hinzu kommen die in die Höhe geschossenen Preise für Rohstoffe. Als Biobäckerei sei man jedoch weniger betroffen als andere, weil alle Produkte lokal bezogen werden. Dennoch: Zehn bis 15 Prozent Mehrausgaben etwa für Butter und Milch müssten einkalkuliert werden.

Regina Wörmann von der gleichnamigen Bäckerei und Konditorei aus dem Kreis Dachau hingegen muss zwischen 30 und 100 Prozent mehr für Rohstoffe ausgeben als im Vorjahr, erzählt sie der AZ. „Mehl etwa kostet jetzt 65 statt 32 Euro pro 100 Kilogramm.“ Doch eine Bäckerei zähle zu den Grundenergiern. Die Preise könnten nicht einfach zu 100 Prozent an die Verbraucher weitergegeben werden. An einen Brotpreis von künftig 25 Euro glaubt sie deshalb nicht, doch würde er, im Falle der Komplet-Weitergabe, um einiges teurer werden.

Derzeit werden Reserven angegriffen, erzählt Kiesewetter. „Die Lage ist jedenfalls bedrohlich, wenn die Preisspirale weiter so anzieht – und die kalten Monate kommen ja erst noch.“ Die Teuerung an die Kunden weiterzugeben, sei für die Bäckerei Neuling noch keine Option. „Das machen und trauen wir uns auch nicht, weil wir unsere Kunden behalten wollen.“

Wörmann hat ihre Preise um acht bis neun Prozent erhöht, immerhin etwas, um die Mehrausgaben zu kompensieren. „Ein Laib Mischbrot kostet jetzt 4,40 statt 4,10 Euro für

1000 Gramm.“ Doch eine Eins-zu-Eins-Weitergabe an die Käufer wolle man auch hier nicht riskieren. Der Fachhandel greife ebenso auf Rücklagen zurück – „doch auch die sind irgendwann aufgebraucht“.

Durch die Erhöhung des Mindestlohnes auf zwölf Euro würden zudem die Personalkosten steigen. Der Mindestlohn führt dazu, dass das Lohngefüge über alle Lohngruppen entsprechend steigt, denn ein Bäcker Geselle sollte mehr verdienen als eine ungelernete Kraft, so der Zentralverband.

„Wenn die Politik nicht gegensteuert, gibt es uns nicht mehr lange“

Betriebe und Verbände appellieren nun an die Regierung: Die Kostenexplosion solle dafür sorgen, dass Unternehmer in existenzbedrohende Schwierigkeiten geraten, so Schneider. Wenn nicht schnell und unbürokratisch geholfen werde, seien nicht nur Tausende Arbeitsplätze gefährdet. Auch die Versorgung der Bevölkerung vor allem im ländlichen Raum sei gefährdet.

Was wird folglich gefordert? Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hatte kürzlich erweiterte Hilfen auch für kleinere und mittlere Unternehmen angekündigt (AZ berichtete). Das Energiekostendämpfungsprogramm (EKDP) müsse auch für Handwerksbetriebe geöffnet werden, so Landes-Innungsverband-Sprecher Kopp. Darauf warten nun Verbände und Bäckereien, wie die genannten einstimmig der AZ berichten.

Dasselbe fordert der Zentralverband. Zudem einen finanziellen Rettungsschirm, etwa durch die Deckelung der Energiekosten, Zuschüsse, eine Absenkung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel oder Ausnahmen von der CO₂-Abgabe beziehungsweise Gas-Umlage. Die Schuldenbremse müsse ausgesetzt werden.

„Wenn die Politik nicht gegensteuert, weiß ich nicht, wie lange es noch Handwerksbetriebe gibt“, meint Wörmann. Und auch Kiesewetter sagt: „Ich liebe unsere Handwerkskultur in Deutschland! Es wäre doch schade, wenn die verschwindet!“



Zentralverbands-Geschäftsführer Schneider ... Foto: Benedikt Banovic



... und Gabriele Kiesewetter von der Feinbäckerei Neuling. privat